Rheder Volkszeitung

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt
Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeisterämtern und Ämtern d. s Kreises Borken.
Organ der Zentrumspartei

Bocholter-Borkener Volksblatt

Anholt-Isselburger Zeitung

Geschäftsstellen: Bocholt, Realschulstraße 14. Fernspr.-Sammelnr. 3054. Rhede: J. Heinrichs. Anholt: W. Wolsing. Werth: Th. Parr[illegible]. Verlagsort: Dortmund 1.

Nummer 179 | Freitag, den 29. Juni | Jahrgang 1928

Das Uebergangskabinett Müller-Franken ernannt.

Das Zentrum nur durch von Guérard ohne fraktionelle Bindung beteiligt.

Es ist erreicht.

So laßt uns denn erleichtert aufatmen! Hermann Müller hat sein Kabinett zustande gebracht. Sechszehn Tage hat er daran gearbeitet. Nun hat er das Ernennungsdekret in der Tasche. Hoffentlich haben ihn die parlamentarischen Strapazen vor und hinter den Kulissen nicht so mitgenommen, daß er gleich in Urlaub gehen muß!

Geduld und Ausdauer hat dieser Mann gehabt. Das muß der Neid ihm lassen. Er hat es auch an Entgegenkommen in mancherlei Hinsicht nicht fehlen lassen. Wenn man ihm aber attestieren muß, daß er sein Ziel nicht aus dem Auge verloren hat, so kann man doch auch nicht unausgesprochen lassen, daß auf dem Wege zu diesem Ziele allerhand vorgekommen ist, was besser vermieden worden wäre. Ein gewandter Taktiker und ein Diplomat, der alles, was er beginnt, schlau abwägt und prüft, um ein Anecken bei der Durchführung seiner Pläne zu vermeiden, scheint der neue Reichskanzler nicht zu sein, so wenig er sonst auf den Kopf gefallen sein mag. Allerdings ist ihm auch seine Arbeit nicht gerade leicht gemacht worden. Nicht nur die Deutsche Volkspartei, auch das Zentrum war ein schwieriger Verhandlungspartner.

Der Verfasser dieses Artikels kennt Müller seit den Tagen der Weimarer Nationalversammlung. Was bei ihm äußerlich auffällt, ist vielleicht weniger seine kräftige, große Gestalt, als die klug und klar blickenden Augen, die durch die Brillengläser hindurchfunkeln. Daß es ihm an Mut und Verantwortungsgefühl nicht fehlt, hat er bewiesen, als er in dem zwei Tage vor der Unterzeichnung des Versailler Vertrages gebildeten Kabinett Bauer als 43jähriger das Außenministerium und damit zugleich die schwere Aufgabe übernahm, mit Dr. Bell zusammen in Versailles die Unterschrift unter das Diktat zu setzen, das uns die machtpolitische Willkür der Alliierten aufzwang. Das Kabinett Bauer war am Ruder vom 21. Juni 1919 bis zum 26. März 1920. Dann folgte — nach dem Kapp-Putsch — ein Kabinett, an dessen Spitze Müller selber stand. In die Zeit seiner nur zehnwöchigen Kanzlerschaft fielen die Wahlen zum ersten Reichstag der deutschen Republik. Nach gut zweiwöchigen Koalitionsverhandlungen zog dann Fehrenbach in das Kanzlerpalais ein. (Zugleich trat Dr. Brauns an die Spitze des Reichsarbeitsministeriums, das er nunmehr dem Sozialdemokraten Wissel überläßt. Wo also Müller als Kanzler aufhörte, begann die Ministertätigkeit Dr. Brauns', und wo dieser seiner Wertbeständigkeit ein Ende macht, beginnt wieder Müllers Kanzlerschaft.) Zu großem Hervortreten war außer dem schweren Gang nach Versailles in der Zeit seines Wirkens in der Wilhelmstraße für Müller wenig Gelegenheit. Die Außenpolitik mußte sich damals auf die Beantwortung von Drohnoten der Entente beschränken, und in der Innenpolitik galt es, die Nachwehen der Revolution zu überwinden. Besondere Lorbeeren konnte also der neue Reichskanzler damals nicht ernten. In der Sozialdemokratischen Partei genießt er ein hohes Maß von Vertrauen und Ansehen. Schon als Dreißigjähriger wurde er in ihren Vorstand gewählt, seit 1919 ist er Vorsitzender ihrer Reichstagsfraktion. Daß er sie immer so geführt hätte, wie es uns gepaßt haben würde, läßt sich gewiß nicht sagen. Aber unter seiner Führung haben sich die ehemaligen Unabhängigen wieder in den Rahmen der S. P. D. eingefügt, und er hat seine Fraktion so geleitet, daß sie den Beifall der sozialdemokratischen Wählerschaft fand. In gut sechsjähriger, mit Agitationsanträgen jeder Art gespickter Opposition war das freilich kein besonderes Kunststück. Was er für staatsmännische Fähigkeiten hat, wird Hermann Müller jetzt als Kanzler einer Regierung zeigen können, die nicht koalitionsmäßig gebunden, aber sich doch aus Mitgliedern jener Parteien zusammensetzt, die man die Parteien der Großen Koalition zu nennen pflegt. Leicht ist die Aufgabe jedenfalls nicht, die Deutsche Volkspartei und die Sozialdemokratie und die zwischen ihnen sich bewegenden drei Parteien der Mitte zu gemeinsamer Arbeit zusammenzuführen und zusammenzuhalten. Mit radikalen Plänen wird der Lenker dieses Gespannes da nicht weit kommen.

Es ist ja nun wohl nicht zu befürchten, daß dieser Regierung schon vor dem Herbst die Puste ausgeht. Denn bis dahin wird kaum von einer Gesetzgebungsarbeit von Bedeutung und großen Entscheidungen die Rede sein können. Wenn Müller aber dann sein Kabinett, das nur einen Uebergang darstellen kann, in ein Kabinett der Großen Koalition überleiten will, so wird er und werden seine Parteifreunde es an Zurückhaltung und maßvoller Besonnenheit nicht fehlen lassen dürfen.

Das Zentrum ist in der neuen Regierung nur durch einen Beobachter oder Verbindungsmann vertreten. Wenn es sich nicht stärker gebunden hat, so ist das den Kräften zu verdanken, die ihm nicht den Einfluß gönnten, auf den es als zweitstärkste Fraktion berechtigten Anspruch hatte. Müller-Franken hatte das nicht gebührend in Rechnung gesetzt. Hinzu kam der Einfluß der Deutschen Volkspartei im Büro des Reichspräsidenten, verstärkt durch den Anruf des Schützen von Bühlershöh, und auch Widerstände in der sozialdemokratischen Fraktion waren zu bemerken. Dr. Wirth, den die Zentrumsfraktion für den Vizekanzlerposten vorgeschlagen hatte, ist eine starke politische Persönlichkeit. Es kann kein Zweifel daran sein, daß man in der sozialdemokratischen Fraktion argwöhnte, er könne als Vizekanzler das Ansehen und den Einfluß Müller-Frankens (der allerdings selber bereit war, sich mit Wirth abzufinden) vermindern, und daß die Gruppe Stresemann in der Deutschen Volkspartei eine aktive Einflußnahme Wirths auf die Außenpolitik befürchtete, die man sozusagen als volksparteiliches Reservat ansieht. Der Reichspräsident berief sich auf den Paragraphen 7 der das Verhältnis zwischen ihm und der Reichsregierung regelnden Geschäftsordnung. Danach kann er einen Vizekanzler ernennen, er braucht es aber nicht. Wenn in dem vorigen Kabinett neben dem Kanzler Marx der Vizekanzler Hergt stand, so war das, sagte man, darauf zurückzuführen, daß die stärkste Fraktion in der Koalition nicht den Kanzler stellte, darum aber durch Zuerteilung des Vizekanzlerpostens Berücksichtigung finden mußte. Hiergegen soll keine Einwendung erhoben werden. Die Zentrumsfraktion fand sich ja auch am Mittwoch damit ab, trat dann allerdings, weil sie sich leider erst reichlich spät über das Maß ihrer Beteiligung an der Regierung klar geworden war, mit ihrem Anspruch auf das Reichsinnenministerium hervor. Daß sie geschickt taktiert hat, läßt sich wahrhaftig nicht sagen. Aber das Ende ist doch insofern nicht unbefriedigend, als die Partei durch die geringere Belastung mit Verantwortung nunmehr sich einmal stärker mit sich selber befassen kann. Nachdem wir neun Jahre unsere besten Kräfte ohne Rücksicht auf die eigene Partei dem Staat zur Verfügung gestellt haben, kann niemand uns einen Vorwurf daraus machen, daß wir jetzt einmal in Reserve gegangen sind. Der Partei und auch ihrer Reichstagsfraktion tut starke, zielbewußte Führung not. Dazu geeignete Männer sind jetzt frei geworden. Und das ist zu begrüßen. Es ist für uns vielleicht das einzig erfreuliche Ergebnis der wenig erbaulichen Verhandlungen der letzten beiden Wochen. Hoffentlich wird davon der rechte Gebrauch gemacht!

Die Ueberwindung der letzten Schwierigkeiten.

Wissel (Soz). Arbeits-, Koch-Weser (Dem). Justizminister.

× Berlin, 28. Juni.

Die Schwierigkeiten, die gestern noch dem Zustandekommen eines Kabinetts Müller-Franken im Wege standen, sind gestern abend und heute mittag in Besprechungen mit den Führern des Zentrums dadurch aus dem Wege geräumt worden, daß sich der Abgeordnete von Guérard bereit erklärt hat, während der Sommermonate als Verbindungsmann des Zentrums, aber ohne Bindung der Fraktion, dem neuen Kabinett anzugehören und das Verkehrsministerium und das Ministerium der besetzten Gebiete zu übernehmen. Im Herbst soll dann die endgültige Regierungsstabilisierung erfolgen, voraussichtlich auf der Basis der großen Koalition, weil inzwischen auch die preußische Frage geklärt sein dürfte. Abgeordneter Müller-Franken erstattete heute vormittag 9,30 Uhr dem Reichspräsidenten Bericht über diese Besprechungen und bot darauf nach weiteren Unterredungen mit verschiedenen Parlamentariern dem Demokraten Koch-Weser das Justizministerium an. Die demokratische Reichstagsfraktion stimmte einmütig der Annahme des Reichsjustizministeriums durch ihn zu. Koch bleibt zunächst Fraktionsvorsitzender. Er wird bis zur endgültigen Regelung durch den Abgeordneten Haas im Fraktionsvorsitz vertreten. Das Reichsarbeitsministerium hat der Sozialdemokrat Wissel übernommen. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hielt am Donnerstag mittag eine etwa einstündige Sitzung ab. Die Fraktion nahm nach einem Bericht des Abgeordneten Hermann Müller über die Neubildung der Reichsregierung und im Anschluß an eine Aussprache gegen wenige Stimmen folgenden Antrag des Abgeordneten Dr. Breitscheid an: „Die Fraktion ist mit dem Eintritt ihrer Mitglieder in das Kabinett Hermann Müller einverstanden."

Heute nachmittag um 5 Uhr begab sich Müller-Franken zum Reichspräsidenten, um ihm seine Vorschläge für die Ministerliste zu überreichen. Der Reichspräsident erklärte sich zur Ernennung der vorgeschlagenen Minister bereit.

Das Ernennungsdekret.

Berlin, 28. Juni.

Amtlich wird mitgeteilt: Der Herr Reichspräsident hat den Reichskanzler a. D., Reichsminister a. D. und Abg. Hermann Müller-Franken zum Reichskanzler ernannt. Auf Vorschlag des neuernannten Reichskanzlers hat der Herr Reichspräsident die bisherigen Reichsminister Dr. Stresemann (Auswärtiges), Dr. Curtius (Wirtschaft), Groener (Reichswehr), Schätzel (Reichspost) in ihren Aemtern bestätigt und ferner den preußischen Staatsminister a. D. Abg. Severing zum Reichsminister des Innern, den Reichsminister a. D. Abg. Dr. Hilferding zum Reichsfinanzminister und Reichsminister a. D. Abg. Wissel zum Reichsarbeitsminister, den badischen Minister a. D. Dietrich-Baden zum Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, den Reichsminister a. D. Koch-Weser zum Reichsjustizminister und den Geheimen und Oberregierungsrat Abg. von Guérard zum Reichsverkehrsminister ernannt. Reichsminister von Guérard ist gleichzeitig mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Reichsministers für die besetzten Gebiete beauftragt worden.

Regierungserklärung am 3. Juli.

Berlin, 28. Juni.

Der Aeltestenrat des Reichstages hielt am Donnerstag vormittag eine Sitzung ab, in der beschlossen wurde, die nächste Reichstagssitzung für Dienstag, 3. Juli, 3 Uhr nachmittags, einzuberufen mit der Tagesordnung: Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung. Nach der vom Reichskanzler vorgetragenen Regierungserklärung wird die Sitzung auf Mittwoch vertagt werden.

Nach der Aussprache über die Regierungserklärung, die zwei oder drei Tage in Anspruch nehmen dürfte, wird in den Vollversammlungen des Reichstages eine kurze Pause eintreten. Der Reichstag will versuchen, die Amnestieanträge noch vor den Sommerferien zu erledigen. Zu diesem Zweck soll der Rechtsausschuß jetzt schon die Bearbeitung der Amnestiefrage aufnehmen.

Eine parteiamtliche Erklärung.

Von unserer Berliner Redaktion.

(!) **Berlin**, 28. Juni.

Aus der Zentrumsfraktion des Reichstages wird offiziös folgendes mitgeteilt: Ueber die Unterredung, die der Herr Reichspräsident am Mittwoch, 27. Juni, abends mit dem sozialdemokratischen Fraktionsführer Müller-Franken hatte, wird in der gesamten Presse folgende amtliche Mitteilung verbreitet:

„Der Reichspräsident erklärte, daß er an sich ein Bedürfnis für die Besetzung des in der Verfassung und in der Geschäftsordnung der Reichsregierung nicht als regelmäßige Einrichtung vorgesehenen Amtes eines Vizekanzlers nicht anerkennen kann, es im übrigen auch ablehnen müsse, in Ausübung seiner verfassungsmäßigen Rechte sich von einer Fraktion für die Zusammensetzung des Reichskabinetts bindende Vorschriften machen zu lassen. Er ersuchte den Abgeordneten Müller-Franken, diese seine Entschließung der Zentrumsfraktion mitzuteilen."

Diese amtliche Verlautbarung läßt darauf schließen, daß der Herr Reichspräsident über die zugrunde liegenden tatsächlichen Vorgänge bei der Regierungsbildung nicht zutreffend unterrichtet worden ist. Weder die Zentrumsfraktion noch eines ihrer Mitglieder hat jemals daran gedacht, dem Herrn Reichspräsidenten irgendwelche Vorschriften über die Ausübung der ihm durch die Reichsverfassung gegebenen Befugnisse zu machen. Der Vizekanzlerposten ist bei den Verhandlungen über die Große Koalition von dem mit der Kabinettsbildung beauftragten Abgeordneten Hermann Müller dem Vorsitzenden der Zentrumsfraktion angeboten werden. Diese Tatsache berechtigte die Reichstagsfraktion des Zentrums und ihre Unterhändler zu Verhandlungen über den Vizekanzlerposten, wobei ihnen die Absicht vollständig fernlag, in die verfassungsrechtlichen Befugnisse des Herrn Reichspräsidenten einzugreifen.

Die Haltung des Zentrums.

Von unserer Berliner Redaktion.

☆ **Berlin**, 28. Juni. (Drahtb.)

Das Kabinett Müller ist trotz der in den letzten Stunden des Mittwochs unüberwindlich scheinenden Schwierigkeiten doch schließlich zustande gekommen. Auf ungetrübte Freude kann das Ergebnis aber bei keiner politischen Partei rechnen. Wie dem aber auch sei, die neue Reichsregierung, wird in der einen Tatsache, daß die Sozialdemokratie überwiegend an der Verantwortung beteiligt ist, dem Wahlergebnis vom 20. Mai gerecht. Das Zentrum, das bis jetzt über neun Jahre in der vordersten Linie der Verantwortung gestanden hat, hat sich an der neuen Regierung nur insofern beteiligt, als es sich nicht dem Vorwurf aussetzen wollte, eine Regierungsbildung überhaupt unmöglich gemacht zu haben. In weiten Kreisen unserer Wählerschaft wird man es begrüßen, daß das Zentrum sich jetzt einmal eine Atempause gönnt, um die eigene Parteiorganisation durchzuführen.

Im Zentrum, dessen Führer in den letzten Jahren in den schwersten Aemtern die schwerste Verantwortung getragen hatten, war man von vornherein entschlossen, dem Wahlergebnis Rechnung zu tragen. Man ging deshalb bei der Regierungsbildung zunächst mit größter Zurückhaltung vor. Dazu hatte man umso mehr Grund, als gerade die Arbeit in dem am wenigsten dankbaren Ministerium, dem Reichsarbeitsministerium, von der bisherigen Opposition und namentlich von der Sozialdemokratie, die jetzt die Führung erhalten hat, zu einer kaum zu überbietenden Agitation gegen das Zentrum im Wahlkampf benutzt worden war. Aus diesem Grunde war die Zentrumsfraktion ursprünglich der Auffassung, einmal die Sozialdemokratie beweisen zu lassen, ob ein Sozialdemokrat zu einer besseren Sozialpolitik als der Zentrumsminister Dr. Brauns imstande sei. Im Laufe der Entwicklung stellte die Fraktion aber ihre Bedenken beiseite und war wieder bereit, diesen undankbaren Ministerposten zu übernehmen. Da die Sozialdemokratie die wichtigsten politischen Aemter bereits für sich in Aussicht genommen hatte und das Zentrum die Hauptverantwortung auch der Sozialdemokratie überlassen wollte, war man im Zentrum der Auffassung, im neuen Kabinett mit weniger wichtigen Aemtern zufrieden zu sein, dafür aber starke politische Persönlichkeiten zur Verfügung zu stellen. Als aber dem Zentrum zugemutet wurde, wieder das unbequeme Reichsarbeitsministerium zu übernehmen, trat bei der Zentrumsfraktion des Reichstages der Wunsch in Erscheinung, zum Ausgleich dafür durch die Schaffung eines Vizekanzlerpostens im neuen Kabinett auch einen starken rechtlich festgelegten politischen Einfluß zu haben. Diese Forderung wurde aber leider erst in einem reichlich späten Zeitpunkte angemeldet. Das Zentrum drang damit nicht mehr durch und versuchte nun einen Ausgleich in der Forderung nach einem anderen politischen Ministerium zu finden. Auch hierfür war der Zeitpunkt bereits verspätet, da die Widerstände von anderer Seite schon zu stark geworden waren. Dann kam der Fraktionsvorstand des Zentrums am Donnerstag morgen wieder auf den Ausgangspunkt zurück und beschied sich mit der schwächsten Beteiligung an diesem Kabinett. Für das wenig dankbare Amt des Verbindungsmannes stellte sich der Fraktionsvorsitzende von Guérard auf Wunsch der Zentrumsfraktion zur Verfügung.

Die erste Erwägung, die das Zentrum zu diesem Vorgehen veranlaßt hat, ist, wie wir schon gestern erwähnten, von der gegnerischen Presse und, das muß einmal festgestellt werden, in erster Linie gerade von der demo-

Ein schweres Eisenbahnunglück in England.

◇ **London**, 27. Juni. In der Nähe von Darlington stießen ein Personenzug und ein Güterzug zusammen. Dabei wurden 22 Personen getötet, 30 verletzt. Das Unglück ereignete sich um 11,20 Uhr nachts. Der Ausflüglerzug war von Scarborough nach Newcastle unterwegs. Trotzdem beide Züge, wie gemeldet wird, mit geringer Geschwindigkeit fuhren, stürzte bei dem Zusammenstoß die eine Lokomotive um und zwei Waggons des Ausflüglerzuges schoben sich ineinander. Die Rettungsmannschaften hatten große Mühe, die Verletzten aus dem Trümmerhaufen herauszubringen. Der Zustand der noch im Krankenhause befindlichen Verletzten gibt zu ernsthaften Besorgnissen keinen Anlaß. — Von den verletzten 30 Reisenden konnten 20 das Krankenhaus bereits wieder verlassen. Es wird befürchtet, daß noch immer Personen unter den Trümmern begraben liegen. Der Heizer gibt an, daß der Lokomotivführer alles getan habe, um das Unglück zu verhindern. Der Zusammenstoß habe sich jedoch nicht mehr vermeiden lassen, da die entgegenkommende Lokomotive nicht rechtzeitig genug bemerkt werden konnte.

kratischen Presse nicht nur nicht verstanden, sondern auch Anlaß zu scharfen Angriffen gegen das Zentrum und insbesondere gegen den vom Zentrum zum Vizekanzler vorgeschlagenen Abg. Dr. Wirth geworden.

Wir haben niemals von seiten der demokratischen Presse ein besonderes Verständnis, geschweige denn eine Anerkennung der Zentrumspolitik erwartet, vor allem dann nicht, wenn das Zentrum einmal den Weg beschreiten würde, den andere Parteien und auch die Demokratische Partei schon oft genug beschritten haben, indem sie die bequeme Opposition der verantwortlichen Mitarbeit vorzogen. Wir bestreiten ebenso entschieden der demokratischen Presse das Recht, dem Zentrum einen Vorwurf daraus zu machen, daß es im letzten Stadium der gegenwärtigen Regierungsbildung sich entschieden geweigert hat, dem sozialistisch-liberalen Block den Gefallen zu tun, undankbare und einflußreiche Aemter zu übernehmen, sich dafür aber an der politischen Mitbestimmung im Reichskabinett ausschalten zu lassen. Wenn das Zentrum, trotzdem dessen berechtigten Forderungen durch das Zusammenspiel zwischen Stresemann und der Deutschen Volkspartei, die das Büro des Reichspräsidenten zu ihrem Ränkespiel benutzten, einerseits und einem großen Teil der Sozialdemokratie andererseits außer acht gelassen wurden, in letzter Stunde trotz schwerer Bedenken sich schließlich doch bereit fand, sich am Kabinett Müller-Franken zu beteiligen, so nur deshalb, um eine Regierungsbildung überhaupt möglich zu machen.

Das Zentrum steht der neuen Regierung vollkommen frei gegenüber und wird seine Entschließungen von den Taten des Kabinetts und dem jeweiligen Stand der Dinge abhängig machen. An der Sozialdemokratie liegt es, daß sich aus der Notlösung dieser nur als Uebergangskabinett gedachten Reichsregierung in absehbarer Zeit eine stabile Regierung auf breiter Grundlage entwickelt. Das ist aber nur möglich, wenn den berechtigten Forderungen des Zentrums, die einstweilig infolge der Widerstände, die wir charakterisiert haben, nicht erfüllt worden sind, in einer Form entsprochen wird, die der Bedeutung und der Würde der nächst der Sozialdemokratie stärksten Partei in der Regierung Rechnung trägt. Die Sozialdemokratie mag also zeigen, ob sie auf die loyale Mitarbeit des Zentrums Wert legt.

*

Die neuen Reichsminister.

Von den Ministern des neuen Reichskabinetts hatten folgende ihr Portefeuille schon im vorigen Kabinett inne: Dr. Stresemann (D. Vp.), Aeußeres; Dr. Curtius (D. Vp.), Wirtschaft; Groener (parteilos), Reichswehr, und Schätzel (B. Vp.), Post.

Die Sozialdemokraten erhalten vier Sitze: Hermann Müller (Reichskanzler), Severing (Inneres), Dr. Hilferding (Finanzen) und Wissel (Arbeit).

Hermann Müller

wurde 1876 in Mannheim geboren. Ursprünglich kaufmännischer Angestellter, wurde er 1899 Redakteur der „Görlitzer Volkszeitung". 1906 zum Mitglied des Vorstandes der SPD. in Berlin ernannt, wurde er 1919 dessen Vorsitzender. Als Außenminister im Kabinett Bauer unterzeichnete er am 28. Juni 1919 das Friedensdiktat von Versailles. Vom März bis Juni 1920 war Müller Reichskanzler.

Karl Severing,

geboren 1875 in Herford, erlernte das Schlosserhandwerk und wurde 1901 Geschäftsführer der Verwaltungsstelle Bielefeld des Deutschen Metallarbeiterverbandes. 1912 übernahm er die Redaktion der Bielefelder „Volkswacht". 1919 zum Reichskommissar für Westfalen ernannt, war er vom März 1920 mit kurzen Unterbrechungen bis Oktober 1926 preußischer Minister des Innern.

Dr. Rudolf Hilferding,

geboren 1877 in Wien, später in Preußen naturalisiert, promovierte 1901 zum Doktor der Medizin und war von 1906 bis 1922 als Schriftsteller und Journalist tätig. 1923 wurde er im ersten Kabinett Stresemann Reichsfinanzminister.

Rudolf Wissel,

geboren 1869 in Göttingen, war bis 1900 als Maschinenbauer tätig. Darauf wurde er Arbeitersekretär in Lübeck und 1908 Zentralarbeitersekretär in Berlin. Von Ende 1918 bis Februar 1919 Volksbeauftragter, war er bis Juli 1919 Reichswirtschaftsminister und bis Ende 1924 Sekretär und Vorstandsmitglied des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Seit 1. Januar 1924 ist Wissel Schlichter für den Bezirk Groß-Berlin.

Der Zentrumsabgeordnete

von Guérard,

der die Ministerien für den Verkehr und für die besetzten Gebiete übernommen hat, wurde 1863 in Koblenz geboren. Nachdem er die Rechtswissenschaften studiert hatte, war er von 1899 bis 1905 Landrat des Kreises Monschau und ist seitdem als Geheimer und Oberregierungsrat im Oberpräsidium in Koblenz tätig. Er gehört seit 1920 dem Reichstag an.

Die Demokraten erhalten zwei Sitze, Dr. Koch-Weser (Justiz) und Dietrich-Baden (Ernährung).

Dr. Erich Koch-Weser,

Rechtsanwalt und Notar, wurde am 26. Februar 1875 in Bremerhaven geboren. Er war von 1901 bis 1909 Bürgermeister in Delmenhorst, dann Stadtdirektor in Bremerhaven und von 1913 bis 1919 Oberbürgermeister in Kassel. Er war vor dem Kriege Mitglied des oldenburgischen Landtages, später Mitglied der bremischen Bürgerschaft. Von 1913 bis 1918 Mitglied des Preußischen Herrenhauses, gehörte er der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung an und ist Mitglied des Reichstages seit 1920. In den Jahren von 1919 bis 1921 bekleidete er in verschiedenen Ministerien das Amt des Reichsministers des Innern.

Hermann Robert Dietrich,

geboren in Oberprechtal (Baden) 1879, war von 1905 bis 1908 Stadtrechtsrat in Karlsruhe, darauf Bürgermeister in Kehl und 1914 Oberbürgermeister von Konstanz. Im November 1918 wurde er Mitglied der vorläufigen badischen Volksregierung und war von 1919 bis 1920 badischer Minister für auswärtige Angelegenheiten. Im Schwarzwald hat er mehrere Güter.

Der Verfassungsausschuß des preußischen Landtages.

◉ **Berlin,** 26. Juni. Der Verfassungsausschuß des preußischen Landtages nahm am Donnerstag die Vorlage über die Vereinigung Waldecks mit Preußen unverändert an. Zur Erledigung stand sodann die Beratung der Verordnung vom 8. August 1927 über die Beflaggung der gemeindlichen und der Schul-Gebäude und des Urantrages der Regierungsparteien auf Annahme eines Gesetzentwurfes über das Flaggen öffentlich-rechtlicher Körperschaften. Hierbei gab es eine eingehende Geschäftsordnungsaussprache. Die Deutschnationalen beantragten, den Gegenstand abzusetzen. Am 9. Juli stehe die Frage zur Entscheidung des Staatsgerichtshofes. Man dürfe dieser Entscheidung nicht vorgreifen. Die Vertreter der Deutschen Volkspartei waren der gleichen Ansicht. Ministerialdirektor Dr. Badt widersprach und betonte, daß die Regierung Wert darauf lege, daß der Landtag zuvor in dieser politischen Frage eine Entscheidung fälle. Diese Entscheidung würde immerhin wertvolles Material für den Staatsgerichtshof bedeuten, wenn dieser auch in seiner Beurteilung frei sei. Hierauf wurde der Antrag auf Vertagung abgelehnt. Der Gegenstand wird am Freitag vom Verfassungsausschuß behandelt werden.

Ablehnung der Freilassung Ricklins und Rossés.

Eine erregte Debatte in der französischen Kammer.

× **Paris,** 28. Juni. Die Kammer hat am Donnerstag nach stürmischer Aussprache erneut die Vertagung der Besprechung über die Interpellation Walther über die sofortige Freilassung der beiden elsässischen Abgeordneten Ricklin und Rossé beschlossen. Der Vorschlag der Regierung auf Vertagung der Aussprache wurde

mit 420 gegen 150 Stimmen angenommen,

wobei die Sozialisten, die Kommunisten, einige Radikale und alle Elsässer des Hauses sowie einige andere Abgeordnete gegen die Regierung stimmten.

Gemäß dem Beschluß des heutigen Ministerrats verlangte Justizminister Barthou sofort, nachdem der Kammerpräsident die erneute Einbringung der Interpellation mitgeteilt hatte, die Vertagung der Aussprache und stellte zugleich fest, daß die Regierung die Vertrauensfrage stelle.

Rechtsanwalt Berthon, der kommunistische Verteidiger Ricklins und Rossés vor dem Kolmarer Gericht, hielt dem entgegen, daß die Kammer das Recht hätte, über die Freiheit ihrer Mitglieder zu beraten, ohne daß die Regierung dazu Stellung nehmen dürfe.

Präsident Bouisson wies aus der Geschäftsordnung nach, daß die Regierung die Vertagung jeder Aussprache beantragen könne.

Darauf erhielt der elsässische Abgeordnete Walther das Wort zur Geschäftsordnung. Seine Ausführungen wurden immer wieder

von ungehörigsten Zurufen unterbrochen.

Er wies darauf hin, daß die überwiegende Mehrheit der elsässischen Bevölkerung die Befreiung seiner beiden Kollegen von der Kammer erwarte. Ein dahingehender Beschluß der Kammer würde für ganz Frankreich von größter Bedeutung sein, denn es gehe um das Ansehen Frankreichs, das auf dem Spiel stände. Wenn die Kammer seine Vorschläge zurückweise, so werde sie die elsässische Bevölkerung gegen sich aufbringen. Wenn die Kammer der Regierung zustimme, werde sie im Elsaß nicht nur die autonomistische, sondern alle Parteien gegen sich vereinen. Trotz der Feststellung des Präsidenten, daß die Redezeit abgelaufen sei, setzte Walter

unter ungeheurem Lärm

seine Rede fort, so daß nur noch die Worte zu hören waren: Wenn man uns hindern will, auf dieser Tribüne zu sprechen, so werden wir an anderer Stelle das Wort ergreifen. Die Unruhe im Hause dauerte auch während der Ausführungen der folgenden Redner an. Poincaré, bleich und sichtlich bewegt, unterbrach die Redner mehrfach mit Zwischenrufen. Der Sozialist Frot stellte fest, daß Ricklin und Rossé nicht nur das Recht, sondern sogar die Pflicht hätten, in der Kammer zu erscheinen. Wenn die Regierung die Aussprache zuließe, so würde die Kammer sich zweifellos dafür ausgesprochen haben, die

für das Land so verhängnisvolle Propaganda

zu unterbinden. Im gleichen Sinne äußerte sich der Kommunist Deoble und der Elsässer und frühere Minister für die befreiten Gebiete, Reibel, der heute der Rechten des Hauses angehört. Letzterer erklärte, die Auffassung der Regierung nicht teilen zu können. Schlimm genug sei es, Abgeordnete, die mit einer großen Mehrheit gewählt wurden, im Gefängnis zu lassen. Verschlimmert würde die Lage durch die Tatsache, daß Ricklin und Rossé bereits über die Hälfte ihrer Haftzeit abgesessen hätten. Poincaré rief dazwischen: „Das stimmt nicht." Reibel bedauerte weiter die vielfach vertretene Anschauung, daß

eine separatistische Bewegung im Elsaß bestehe.

Die Regierung müsse die Aussprache in der Kammer zulassen, damit der Beweis erbracht würde, daß das Elsaß französisch sei und bleibe. Der Abg. Walther bestieg schließlich noch einmal die Tribüne, um eine persönliche Erklärung abzugeben. Die Lehre der letzten Wahlen im Elsaß müsse die Regierung davon überzeugt haben, daß sie eine falsche Politik betreibe. Hätte man denn die Absicht,

die elsässische Bevölkerung in eine systematische Opposition

gegen Regierung und Kammer zu treiben? Eine Annahme der Vertrauensfrage für die Regierung könne die verderblichsten Folgen haben. Die Elsässer liebten Frankreich. Man solle ihnen Vertrauen schenken. Walther wendet sich dann an Poincaré und rief: „Herr Ministerpräsident! Sie haben Frankreich aus einer schweren finanziellen Lage gerettet, retten Sie das Elsaß aus einer entsetzlichen Lage! Geben Sie dem Elsaß den Frieden wieder."

Die Aussprache wurde darauf geschlossen und der Vorschlag der Regierung angenommen.

*

Ein Zwischenfall.

◉ **Paris,** 28. Juni. In den Wandelgängen der Kammer kam es heute nachmittag zu einem Zwischenfall zwischen zwei in Oran gewählten Abgeordneten. Der Bürgermeister von Oran Molle wurde von dem einer anderen Gruppe angehörenden Abgeordneten, mit dem er in Streit geraten war, geohrfeigt.

*

Zorn von Bulach begnadigt.

× **Basel,** 28. Juni. Wie aus Straßburg gemeldet wird, ist Baron Claus Zorn von Bulach, der im Straßburger Gefängnis seine 13monatige Strafe abbüßt, Donnerstag nachmittag durch ein Dekret des Präsidenten der Republik begnadigt worden. Der Baron hat das Gefängnis bereits verlassen. — Wie weiter gemeldet wird, sind die beiden wegen Spionageverdachts verurteilten Autonomisten Baumann und Kohler ins Kolmarer Gefängnis überführt worden. Die Berufungsverhandlung wird am 6. Juli stattfinden. Das neue Gesuch des Abgeordneten Rossé um vorläufige Haftentlassung ist von der Kolmarer Anklagekammer abgelehnt worden.

*

Aufhebung der Immunität für Senator Reynald.

¶ **Paris,** 28. Juni. Der zuständige Senatsausschuß hat die Aufhebung der Immunität für Senator Reynald einstimmig genehmigt. Senator Reynald ist bekanntlich in die Angelegenheit des Wiener Bankiers Josef Blumenstein verwickelt, bei der es sich um die Einlösung falsch abgestempelter ungarischer Wertpapiere handelt.

Der Reichsrat.

Eine Abschiedsfeier.

× **Berlin,** 28 Juni. Der Reichsrat hielt am Donnerstag nachmittag eine öffentliche Vollsitzung ab, die vom Reichsarbeitsminister Dr. Brauns geleitet wurde. Er eröffnete die Sitzung mit der humoristischen Bemerkung, der Reichsrat brauche nicht zu fürchten, daß der Akt der Leitung dieser Sitzung durch den bisherigen Arbeitsminister etwa unglücklich sein könnte, denn er habe sich vorher versichert, daß die Ernennung des neuen Kabinetts nicht vor 6 Uhr erfolgen werde. (Die Reichsratssitzung begann um 5 Uhr.) Dr. Brauns war eigens zu der Leitung der Sitzung gekommen, um namens der Reichsregierung dem aus dem Reichsrat scheidenden bayrischen Vertreter, Staatsrat Rohmer, der auch bereits vor der Staatsumwälzung dem Bundesrat angehört hat, herzliche Worte des Abschiedes auszusprechen. Außerdem nahm Dr. Brauns Gelegenheit sich selber vom Reichsrat zu verabschieden. Nachdem Staatsrat Rohmer mit Worten des Dankes erwidert hatte, nahm Staatssekretär Dr. Weißmann Gelegenheit, im Namen des Reichsrats dem aus dem Amte scheidenden Reichsarbeitsminister Dr. Brauns ebenfalls herzliche Worte des Abschiedes zu widmen. Er hob dabei hervor, daß Dr. Brauns jetzt gerade sein achtjähriges Ministerjubiläum feiern könne und sprach die Hoffnung aus, daß Dr. Brauns vom Reichsrat eines Tages wieder an derselben Stelle, d. h. als Leiter des Reichsarbeitsministeriums begrüßt werden könne. Auf der Tagesordnung der Sitzung standen nur kleinere Vorlagen, v. a. wurde dem Bezirksverband der Innungen der Sattler, Tapezierer, Polsterer und Dekorateure für den Handwerkskammerbezirk Harburg die Rechtsfähigkeit verliehen.

Pilsudskis Rücktritt.

┼ **Warschau,** 28. Juni. Der Rücktritt Marschall Pilsudskis und die Umbildung des polnischen Kabinetts ist im größten Geheimnis vor sich gegangen. Auch die offiziöse Presse ist vollständig unorientiert über die Beweggründe Pilsudskis. Verschiedene Blätter betonen, daß sein Rücktritt politisch so gut wie bedeutungslos sei, da er auch als Kriegsminister die zentrale Persönlichkeit bleiben werde. Auch das Oppositionsblatt „Robotnik" stellt fest, daß der Kabinettswechsel keinen Wechsel im Regierungssystem bedeute. Die Ernennung Switalskis werde nach Ansicht verschiedener Blätter das bisherige schlechte Verhältnis zwischen Regierung und Parlament nicht bessern. „Kurjer Poranny" verbreitet die interessante Nachricht, daß sich Marschall Pilsudski entschlossen habe, zur Erholung einen im Süden gelegenen Kurort des Auslandes in den ersten Tagen des Juli aufzusuchen. Sollte das stimmen, so wäre das ein Hinweis dafür, daß in der jüngsten mehrwöchigen Erkrankung des Marschalls die Ursache für die letzten politischen Ereignisse in Polen zu suchen ist.

Keine Erkrankung Bartels.

▼ **Warschau,** 28. Juni. Die Nachricht von einer Erkrankung und einem bevorstehenden Urlaub des neu ernannten Ministerpräsidenten Bartel trifft nach Mitteilungen der der Regierung nahestehenden Presse nicht zu. Es wird versichert, daß Bartel in Warschau bleiben und sofort die Regierungsgeschäfte übernehmen wird.

Besprechungen bei Pilsudski.

┼ **Warschau,** 28. Juni. Gestern empfang Marschall Pilsudski den Sejmmarschall Maszynsky und den Senatsmarschall Szymanski zu einer etwa eine ganze Stunde dauernden Unterredung. Wie verlautet, sollen mit den beiden der Regierung bekanntlich nahestehenden Führern der Parlamente eine Anzahl Fragen im Zusammenhang mit der Schließung der Kammern und der Umbildung der Regierung besprochen worden sein.

Die dänische Spionageaffäre.

◇ **Berlin,** 28. Juni. Der unter Spionageverdacht an der deutsch-dänischen Grenze verhaftete dänische Infanteriehauptmann Lembourn ist heute früh nach Berlin übergeführt und in das Untersuchungsgefängnis Moabit eingeliefert worden, wohin auch inzwischen seine in Berlin verhafteten Helfershelfer transportiert worden sind. Lembourn soll im Laufe des heutigen Tages vom Untersuchungsrichter vernommen und den übrigen Verhafteten gegenübergestellt werden. Lembourns Vorgehen in Berlin läßt übrigens, wie eine Korrespondenz mitteilt, nach den bisherigen Feststellungen nicht auf viel Routine in der Spionagetätigkeit schließen, denn der Offizier hat sich einfach im Kino an ein Mädchen herangemacht und dieses beauftragt, für ihn Auskunft über gewisse militärische Fragen einzuziehen. Das Mädchen ging noch naiver vor als ihr Auftraggeber und begab sich kurzerhand zu einer hohen Reichswehrbehörde, wo man Auskunft bekommen konnte. Schon nach ihren ersten eindeutigen Fragen war sie entlarvt.

Ablenkungsmanöver.

◆ **Kopenhagen,** 28. Juni. Im Zusammenhang mit der Verhaftung des dänischen Kapitäns Lembourn hat der Chef der Tondernschen Garnison, Oberstleutnant Obel, der „Berlingske Tidende" gegenüber erklärt, daß Lembourn außer seinen dienstlichen Interessen sehr starke nationale Interessen entwickelt habe. Vor etwa einem Monat habe er um einen 14tägigen Urlaub nachgesucht, den er angeblich mit seinem Vater, einem Kopenhagener Großkaufmann, in Berlin verleben wollte. Der Ministerialdirektor im dänischen Kriegsministerium, Wilkenschildt, und ebenso der Sekretär des dänischen Grenzkorps „Südländische Wehr", Leutnant Gerlöv, haben erklärt, daß das genannte Grenzkorps nur als ein Ausbildungskorps zu betrachten sei, das keinerlei nachrichtendienstliche Aufgaben hätte. Die Angelegenheit des Kapitäns Lembourn könne in keinerlei Zusammenhang mit dem Grenzkorps stehen.

Diese Aeußerungen sind zweifellos ein Versuch, Kapitän Lembourn als nicht zu einer militärischen Organisation gehörig, sondern seine Taten gewissermaßen als Privatunternehmen hinzustellen. Ob dieser Versuch gelingen wird, muß die heute in Berlin stattfindende Vernehmung ergeben. An maßgebender Berliner Stelle liegt über ein Geständnis Lembourns noch nichts vor.

Helfershelfer.

¶ **Berlin,** 28. Juni. Die im Zusammenhang mit der Spionageaffäre des dänischen Hauptmanns Lembourn verhaftete Stenotypistin heißt Stegemann. Lembourn ist im großen und ganzen geständig, sodaß das gegen ihn in Aussicht genommene Verfahren mit dem gegen die Stenotypistin Stegemann verbunden werden könne. Auf Grund der Angaben der Stegemann konnten in Berlin zwei weitere vermutliche Helfershelfer, und zwar ein Ausländer und ein Deutscher, festgenommen werden, bei denen es sich augenscheinlich um Agenten des Spions handelt.

Der Blaubart von Marseille.

:: **Paris,** 28. Juni. Die Spalten der französischen Presse sind von Berichten über die Verbrechen des neuen Blaubarts von Marseille angefüllt. Es scheint festzustehen, daß er mindestens sechs Frauen ums Leben brachte, die auf seine Heiratsanzeigen hin mit ihm in Verbindung traten. Eine der Frauen, die mit ihm in Briefwechsel stand, ist nur durch den Zufall und nur durch ihren Aberglauben vor dem schrecklichen Ende der anderen bewahrt geblieben. Es handelt sich um eine Pariserin, die mit dem angeblichen Gaillard in einem Pariser Restaurant eine Zusammenkunft hatte. Der „Heiratslustige" legte ihr nahe, 20 000 Franken flüssig zu machen, damit sie eine kleine Villa und ein Auto kaufen könnten und versprach ihr, sie nach Tunis zu führen, wo er Geschäfte habe. Auf seinen Vorschlag eingehend befragte sie eine Kartenlegerin, die ihr aus dem Kaffeesatz von einer Reise über das Meer abriet, da sonst ein Unglück auf sie warte.

Der neue Ozeanflug.

Kapitän Courtney wieder gestartet.

•:• **London,** 28. Juni. Meldungen aus Lissabon zufolge ist Kapitän Courtney am Donnerstag morgen um 8 Uhr erneut zu einem Amerika-Flug in Richtung Azoren gestartet.

Nach in Horta aufgefangenen Funksprüchen Courtneys vollzieht sich der Flug in guter Ordnung. Courney hofft, um 18 Uhr in Horta zu sein. Nach Aufnahme neuen Brennstoffes will er sofort nach Halifax auf Neuschottland weiterfliegen.

In Horta gelandet.

•:• **Newyork,** 28. Juni. Nach einem Funkspruch aus Horta ist Kapitän Courtney mit seinem Flugzeug um 17 Uhr gelandet.

Mißglückter Start Thea Rasches.

(!) **Quebec,** 28. Juni. Wie aus Cap de la Madelaine gemeldet wird, ist das von Thea Rasche gesteuerte Flugzeug „Northstar" bei einem Probeflug vor dem Start nach Neufundland, von wo aus der Transozeanflug unternommen werden sollte, beschädigt worden. Der Eindecker blieb infolge seiner schweren Belastung im weichen Boden stecken und konnte sich nicht erheben, sodaß er in Buschwerk hineingeriet. Die Besatzung blieb unverletzt. Die Beschädigungen des Flugzeuges sind nur leicht. Es besteht jetzt die Absicht, die Maschine mit geringerer Belastung nach Montreal fliegen zu lassen und von dort erst mit voller Belastung zu starten.

Von Nah und Fern.

Annahme des Schiedsspruchs in der Lüdenscheider Metallindustrie.

Lüdenscheid, 28. Juni. Nachdem am Mittwoch abend die Gewerkschaften beschlossen haben, dem Dortmunder Schiedsspruch unter gewissen Vorbehalten zuzustimmen, hat am Donnerstag abend der Arbeitgeberverein gleichfalls beschlossen, den Schiedsspruch anzunehmen. Damit ist eine Einigung der Parteien erzielt worden. Die Arbeit wird am Freitag früh in allen Betrieben wieder aufgenommen.

Großfeuer in Hamburg.

◉ **Hamburg,** 27 Juni. Heute abend erfolgte in einem den Mineralölwerken Albrecht u. Co. gehörigen, am Reiherstieg gelegenen Schuppen, vermutlich durch Funkenflug, die Explosion eines Oeltanks, die den Ausbruch eines Großfeuers zur Folge hatte. Durch den herrschenden Sturm dehnte sich das Feuer auf weitere, in der Nähe befindliche Schuppen, die gleichfalls Oel enthielten, aus. Die Feuerwehr rückte mit 8 Zügen und 4 Feuerlöschbooten an. Es wurde aus 28 Rohren Wasser gegeben und es gelang den aufopfernden Bemühungen der Mannschaften, das Hauptgebäude und den großen Maschinenraum zu retten und vor allem die Gefahr von den in der Nähe befindlichen gleichartigen Betrieben abzuwenden. Wäre dies nicht geglückt, so wäre vermutlich der ganze Hafenbezirk Grasbrook ein Raub der Flammen geworden.

Von einem Rehbock schwer verletzt.

× **Wernigerode,** 28. Juni. Auf der Chaussee griff ein starker Rehbock einen Arbeiter an und warf ihn vom Rade. Das wütende Tier verletzte den am Boden Liegenden schwer an der Schläfe, der in hoffnungslosem Zustand ins Kreiskrankenhaus gebracht wurde. Den Rehbock fand man schwerverletzt im Walde auf. Die Trümmer des Fahrrades trug er im Gehörn.

Das Rätsel um den Kanadier.

× **Meseritz,** 28. Juni. Auf Anordnung der Staatsanwaltschaft wurde gestern nachmittag in der möblierten Wohnung des Kanadiers Alexander Eckoff, der vor einigen Tagen mit schwerer Schußverletzung in der Nähe von Meseritz aufgefunden wurde, von der Kriminalpolizei eine Haussuchung vorgenommen. Die gesamte Korrespondenz wurde beschlagnahmt. Da sämtliche Briefe und Dokumente in englischer und russischer Sprache abgefaßt sind, müssen erst die Uebersetzungen durch Dolmetscher erfolgen. Eckoff, der im Meseritzer Krankenhaus darniederliegt, befindet sich bereits außer Lebensgefahr. Er wird im Laufe des morgigen Tages zum ersten Mal eingehend vernommen werden.

Ein französischer Kunstflieger verbrannt.

◆ **Basel,** 28. Juni. Der französische Kunstflieger Fronval ist auf dem Flugplatz Villars Coublay bei Paris durch einen eigenartigen Unfall getötet worden. Fronval rollte mit seinem Flugzeug über das Feld, als ein anderes Flugzeug bei der Landung abstürzte und auf Fronvals Apparat fiel, der in Flammen aufging. Fronval ist bei lebendigem Leibe verbrannt.

Der Pariser Besuch des „Eisernen Gustav" wird erwidert.

◇ **Paris,** 28. Juni. Als Antwort auf die Droschkenfahrt des „Eisernen Gustav" von Berlin nach Paris wird heute mittag der erste Kraftwagen der Automobilwerke Peugeot, der im Jahre 1885 erbaut wurde, mit zwei Journalisten im Auftrage der „Volonté" die Fahrt nach Berlin antreten. Kammerpräsident Bouisson wird in Begleitung des Vizepräsidenten das Signal zur Abreise des „Locarno" getauften Wagens geben.

Ueberschwemmungskatastrophe in Westjapan.

× **London,** 28. Juni. Nach Meldungen aus Tokio ist der westliche Teil Japans und die Insel Kyushyu von einer Ueberschwemmungskatastrophe und ausgedehnten Erdrutschen heimgesucht worden. Soweit hier bisher bekannt ist, sind 30 Personen ums Leben gekommen und insgesamt 7000 Häuser überflutet. Die Zahl der Obdachlosen wird auf 110 000 geschätzt, und man befürchtet, daß die Zahl der ums Leben gekommenen Personen sich auf viele hundert erhöhen wird. 26 Personen, die versuchten, eine durch Erdrutsch verschüttete Familie zu retten, wurden durch einen neuen Erdrutsch lebendig begraben.

Riesen-Verkauf

20000 Konfektionsstücke fabelhaft billig!

Die Sensation für Münster

Der Verkauf beginnt Samstag den 30. Juni 8½ Uhr

Hier einige markante Beispiele!

Für den Herrn.

Farbige Herren-Anzüge	ab 19.75	Windjacken	ab 7.50
Kleidsame Sommermäntel	ab 22.00	Lodenmäntel	ab 12.50
Vierteilige Sportanzüge	ab 27.00	Lüsterjoppen	ab 4.50
Gestreifte Hosen	ab 1.25	Breeches u. Knikerbokker	ab 4.50

Für die Dame.

Wasch-Kleider	ab 3.95	Regenmäntel	ab 9.75
Wollkleider	ab 7.50	Herrenstoff-Mantel	ab 12.75
Waschseiden-Kleider	ab 6.75	Blusen	ab 4.75
Seiden-Kleider	ab 26.50	Englische Mäntel	ab 19.75

Für das Kind.

Wasch-Mädchen-Kleider	ab 2.75	Wasch-Blusen	ab 1.75
Mädchen-Mäntel	ab 12.00	Sport-Hemden	ab 1.75
Wasch-Knaben-Anzüge	ab 3.75	Knaben-Mäntel	ab 8.00
Wasch-Hosen	ab 1.90	Knaben-Wollanzüge	ab 7.75

Selten war die Einkaufsgelegenheit so günstig wie gerade jetzt! Überzeugen Sie sich durch die Besichtigung unserer Schaufenster u. Läger.

Hettlage

MÜNSTER (WESTF.) LUDGERIESTR. 77-78.

Die ärztlichen Schuluntersuchungen an den Volksschulen in Bocholt.

An allen Volksschulen Bocholts ist seit Jahren die regelmäßige Untersuchung aller Kinder eingeführt; zweimal im Jahre findet die Untersuchung statt, der jedesmal eine Messung und Wiegung der Kinder vorausgeht. Das Untersuchungsergebnis wird in einem Ueberwachungsbogen eingetragen, der das Kind vom ersten bis letzten Schuljahr begleitet. Werden gesundheitliche Mängel festgestellt, so werden die Eltern davon unterrichtet. Sie übernehmen dann selbst die Fürsorge durch den Hausarzt, oder es tritt die Familienhilfe der Krankenkassen ein, oder es werden bedürftige Kinder direkt dem Armenarzt überwiesen. Gelegentlich der Schuluntersuchungen wird außerdem festgestellt, ob ein Schulkind einer Erholungskur in der Walderholungsstätte oder einem auswärtigen Spezialerholungsheim bedarf, ob etwa orthopädische Behandlung notwendig um, ob das Kind der Krüppelfürsorgestelle oder der Tuberkulose-Fürsorgestelle zuzuführen ist. Bei geistig schwachen Kindern wird die Ueberweisung an die Hilfsschule veranlaßt. Bei der Untersuchung ist eine städtische Fürsorgeschwester zugegen, der auch die Kontrolle darüber obliegt, ob die vom Schularzt zur Gesundung des Kindes vorgeschlagenen Maßnahmen durchgeführt werden. Zugegen sind vor allem auch die Klassenlehrer bezw. die Lehrerinnen, die das größte Interesse daran haben, den Gesundheitszustand ihrer Kinder zu kennen und die in der Lage sind, auch ihrerseits die Kinder zu beobachten und für eine Befolgung der ärztlichen Ratschläge zu sorgen.

Einige allgemeine Beobachtungen, die bei jeder Untersuchung gemacht werden, seien hier wiedergegeben. Da ist es einmal erstaunlich und beklagenswert, wie vielen Kindern bei allen möglichen Anlässen **Alkohol** in den verschiedensten Formen zugeführt wird. Ermüdungserscheinungen und Unfähigkeit, das im Unterricht Gebotene in sich aufzunehmen, sind die unausbleibliche Folge. Alle Eltern möchten es sich zum Grundsatz machen, ihre Kinder unter allen Umständen vor dem Alkohol auch in kleinen und kleinsten Mengen zu schützen, der im jugendlichen Körper nur Schaden anrichten kann. Wenn es bei Familienfeiern und Nachbarfesten nun einmal nicht ohne Alkohol geht, so mag wenigstens dafür gesorgt werden, daß für die Kinder alkoholfreie Getränke zur Verfügung stehen.

Ein anderer Punkt, der sich bei den schulärztlichen Untersuchungen immer wieder herausstellt und zu Beanstandungen Anlaß gibt, ist das **späte Zubettgehen** vieler Kinder; keine Seltenheit, daß Schulkinder um 10 Uhr abends noch nicht zur Ruhe gegangen sind. Mangel an Nachtruhe ist der Konstitution des Kindes äußerst nachteilig; auch hier ist mangelhafte Aufmerksamkeit in der Schule die Folge.

Die **Reinlichkeit** der Kinder läßt heute glücklicherweise nicht mehr so viel zu wünschen übrig, wie es noch vor einigen Jahren der Fall war. Auch die Benutzung der Badeanstalt durch die Schulkinder hat erfreulicherweise zugenommen. Leider waren die bisherigen Tagestemperaturen in diesem Jahre dem Badebetrieb nicht sehr günstig. Für die Schulen sind besondere Badezeiten in der Flußbadeanstalt reserviert.

Anlaß besteht auch, die Kinder immer wieder zur regelmäßigen **Zahnpflege** anzuhalten. Kranke Zähne verursachen Zahnschmerz, beeinträchtigen die Verdauungstätigkeit und rufen dadurch Störungen im Allgemeinbefinden hervor. Die Zahnbürste sollte keinem Kinde fehlen.

Häufiger, sogar verhältnismäßig oft, ist festzustellen, daß Kinder **ohne ein Frühstück** genossen zu haben, zur Schule kommen. Es liegt dies nicht etwa daran, daß die Eltern nicht in der Lage wären, den Kindern einen Morgenimbiß zu verabreichen, sondern die Kinder nehmen sich meist nicht die Zeit, das Frühstück zu verzehren. Erfahrungsgemäß setzen gerade die schwächlichsten Kinder hier den größten Widerstand entgegen. Bei energischem Durchgreifen der Eltern kann dem Uebelstand leicht abgeholfen werden. In diesem Zusammenhang mag darauf hingewiesen werden, daß die Schulen neuerdings mehr und mehr dazu übergehen, trinkfertige Milch zu einem mäßigen Preise (¼ Liter-Flasche mit Trinkhalm für 6 bis 7 Pfg.) in der Pause zu verabfolgen. Es liegt im Interesse der Kinder, hiervon möglichst weitgehenden Gebrauch zu machen, sich aber auch davon von Zeit zu Zeit zu überzeugen, daß die Kinder das mitgegebene Geld wirklich für die Milch und nicht für Näschereien ausgeben.

Im Interesse einer möglichst intensiven Auswertung der Schuluntersuchungsergebnisse werden die Eltern gebeten, den vorstehenden Hinweisen sowohl wie auch den Einzelmitteilungen, die ihnen im Anschluß an die Schuluntersuchungen gegebenenfalls zugehen, ihre besondere Aufmerksamkeit zu schenken.

Verständigung zwischen Banken, Sparkassen und Kreditgenossenschaften.

Zwischen dem Zentralverband des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes, dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband, dem Deutschen Genossenschaftsverband, dem Generalverband der Deutschen Raiffeisengenossenschaften und dem Reichsverband der Deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften wurde mit dem Ziele, Wettbewerbsstreitigkeiten zwischen den einzelnen Mitgliedern der Verbände zu vermindern, in folgenden Punkten eine Verständigung erzielt und Richtlinien aufgestellt.

Es ist den Banken und Kassen verboten, in der geschäftlichen Propaganda andere Banken und Kassen herabzusetzen und eine den Gepflogenheiten des Bankverkehrs und des Sparkassenwesens nicht entsprechende, aufdringliche Reklame zu betreiben. Es ist unzulässig, den Auftrag einer Ueberweisung an den Kunden einer anderen Bank oder Kasse zu benutzen, um diesem ein neues Konto einzurichten oder sich mit ihm in Verbindung zu setzen, um dessen Zustimmung dazu zu erlangen. Unzulässig ist auch, durch vertraglichen Zwang oder sonstigen Druck auf die Kunden dahin einzuwirken, daß sie von Ueberweisungsaufträgen an das Konto einer anderen Bank oder Kasse absehen.

Die Verbände erachten übereinstimmend eine behördliche oder kommunalbehördliche Einwirkung auf die Errichtung von Konten bei Sparkassen und Kommunalbanken sowie die Eingehung sonstiger Geschäftsverbindung mit Kreditinstituten der gedachten Art als unzulässig, insbesondere also die Abhängigmachung der Vergebung kommunaler Lieferung von der Errichtung eines Kontos bei einem derartigen Institut oder die Bevorzugung von Bewerbern, die ein solches Konto unterhalten.

Es bestand ferner Einverständnis darüber, daß die Ausübung eines Druckes auf Hypothekenschuldner, auch ihre bankmäßigen Geschäfte durch die hypothekengebende Sparkasse ausüben zu lassen, unzulässig ist. Es darf die Gewährung einer Sparkassenhypothek an ein Mitglied einer Kreditgenossenschaft nicht von dem Austritt des Darlehnsnehmers aus dieser Genossenschaft abhängig gemacht werden.

Durch die Verständigung, deren Inhalt in kurzen Zügen wiedergegeben ist, sollen die Wettbewerbsstreitigkeiten heruntergedrückt werden, damit der bargeldlose Geldverkehr sich in glatter und reibungsloser Weise abwickeln kann.

Schlichtungsstellen sind mit Wirkung vom 1. Juni 1928 errichtet, um über Beschwerden zu entscheiden und für die Einhaltung der Vereinbarung zu sorgen.

Diese Vereinbarung geht zurück auf die erste Verständigung zwischen Sparkassen und Genossenschaften vom April 1918. Damals wurden bereits die Grundlinien im wesentlichen festgesetzt. Im Dezember 1925 wurde die Vereinbarung von 1918 erneuert und durch die Schaffung einer zentralen Schlichtungsstelle zwischen dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband und den drei Genossenschaftsverbänden in die Praxis umgesetzt. Sie hat in loyaler Durchführung durch alle Beteiligten sich bewährt. Die jetzige Vereinbarung, die nunmehr durch den Hinzutritt des Zentralverbandes des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes nahezu alle privaten Bankunternehmungen umfaßt und gegebenenfalls noch auf die öffentlich-rechtlichen Banken erweitert werden kann, gibt durch Schaffung eines regionalen Unterbaues die Möglichkeit einer bis in die örtlichen Stellen eingreifenden Durchführung der Vereinbarung. Sie errichtet gleichsam einen „Burg- und Marktfrieden" im Bankgewerbe auf der Grundlage ehrbaren und anständigen geschäftlichen Handelns. In der „Entgiftung" und Reinhaltung der Verkehrssitten eines so bedeutenden Schlüsselgewerbes, wie das Bankwesen ist, kann die auf freiem Entschluß der Beteiligten beruhende Vereinbarung für unser ganzes Wirtschaftsleben von Bedeutung und Nutzen sein.

Heute letzte Nummer
Eilen Sie!!
Es ist die höchste Zeit!
Wollen Sie noch rechtzeitig in den Besitz der ersten Nummer des kommenden Monats gelangen, so erneuern Sie noch heute ihr Abonnement auf das
„Bocholter Volksblatt!"
Geschäftsstelle Bocholt, Realschulstr. 14

Nachruf.

Nach kurzer, schwerer Krankheit verschied unsere Arbeiterin und Mitarbeiterin, die Näherin

Anna Essing.

Wir werden der Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren.

Gebr. Essing, Rhede,
deren Angestellte,
Arbeiter und Arbeiterinnen.

†

Das Jahres-Seelenamt
für den verstorbenen
Herrn Heinr. Driessen
findet statt am Samstag, den 30. Juni ¼ vor 8 Uhr in der St. Josefskirche, es wird frdl. dazu eingeladen.

Wallfahrt zum Annaberg und nach Dülmen

p. Sonderzug am 8. Juli 1928.

4,30 Uhr hl. Messe in St. Georg; während derselben wird die hl. Kommunion ausgeteilt.
Festbestimmte Fahrzeit.
6 Uhr Segen und Auszug von St. Georg zur Bahn.
7,/3 Uhr Abfahrt nach Wesel.
8,30 „ Ankunft in Haltern, danach Prozession zum Annaberg und Hochamt.
12 „ Kreuzweg, anschließend Prozession nach Haltern, Andacht in der Kirche, danach Auszug zur Bahn.
14,10 „ Abfahrt nach Dülmen.
14,26 „ Ankunft in Dülmen. Besuch der Wohnstätte und Grabstätte der sel. Anna Kath. Emmerick
17,40 „ Abfahrt nach Bocholt.
19,28 „ Ankunft in Bocholt.

Die Fahrkarten 5.80 Mk. (in diesem Preise ist Zuschlag für Deckung der Unkosten mit einbegriffen) sind bis Samstag, den 7. Juli, bei Herrn Josef Imping, Nordstraße 16, in Empfang zu nehmen.

Mädchen, die Symbole, und Knaben, die Fähnchen tragen wollen, mögen sich zeitig bei Herrn Josef Imping, Nordstraße, melden. Kinder halben Fahrpreis!

Bocholt, den 28. Juni 1928.

Richter, Pfarrer.

Großer Heugrasverkauf.

Der diesjährige

Heugrasverkauf

in den Weiden des Rittergutes Ringenberg findet am **Montag, den 2. Juli, vormittags 10 Uhr statt.**

Jos. Welsing,
Ringenberg.

Aerztlicher Sonntagsdienst

am 1. Juli
San. Rat Dr. Driessen.
San. Rat Dr. Eckervogt.

Sonntagsdienst

der Freiw. Sanitätskolonne vom Roten Kreuz
am 1. Juli
Terhart Friedrich, Wertherstraße 50 b.
Leggewiß Gerhard, Prinzenstraße 1.

Produktiv-Genossenschaft „Eintracht" e. G. m. b. H.
Ausnahmeangebot!
Ia. Dänisches Rindfleisch
das Pfund 90 Pfg.
Der Vorstand.

Wollen Sie Möbel kaufen?
Dann kommen Sie zu uns und Sie werden staunen über die Preiswürdigkeit und über die hohe Qualitätsstufe unserer Ware. :-: Die Auswahl ist enorm. Wir haben ständig 30—40 Musterzimmer am Lager.
Möbelhaus A. Bleker und H. C. Terstegge
Münsterstraße 35 (Flora)

Technikum Lemgo
Ingenieurschule · Staatl.
Maschinenbau, Elektrotechnik, Hochbau, Tiefbau, Eisenbetonbau, Architektur
Programme durch das Sekretariat

Ueppigen Blumenflor
u. kräft. Gedeihen der Pflanzen bewirkt mein Blumendünger. Preis M. —.50.
Drogerie Bruns.
Nordstr. 22.

Diirkopp-Fahrräder
mit Ringlager, sind Klasseräder, von unerreichter Haltbarkeit schnittige Bauart, sehr leichter Lauf.
Alleinvertretung
Heinr. Rose,
Nobelstr.

Ia. Käselab
Ia. Käsefarbe
Ia. Butterfarbe
empfiehlt
Drogerie
Gebr. Steiner
Markt 8.

Technikum Lage Ingenieur-Schule
Maschinenbau, Elektrotechnik, Hoch- u. Tiefbau, Tonindustrie. Getrennte Werkmeister-Abteilungen. Stud.-Kosten, Lehrpläne frei.

Gutes Sehen ✣ halbe Arbeit!
Das menschliche Auge muß in der Regel mehr leisten als irgend ein anderer Körperteil. Nicht nur bei der Arbeit, selbst in den Mußestunden, bei der Lektüre, bei der Handarbeit, wenn alle andern Körperteile ruhen, ist das Auge in Tätigkeit. Darum ist es nötig, bei vorhandenen Sehfehlern dieselben durch Augengläser auszugleichen zu lassen. Niemals zuvor gab es eine Zeit, wo dem menschlichen Auge solche Leistungen zugemutet wurden. — Augengläser sollten Sie nur beim **Fachmann** kaufen, wo Sie vollste Gewähr haben, auch das zu bekommen, was für Sie das Beste ist.
Optiker Winkler
Neustraße 18
fertigt **Brillen u. Kneifer** für jedes Auge passend in eigener Werkstatt.
Reparaturen sofort.
Lieferant für Krankenkassen.

Zwangsversteigerung

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll der auf den Namen des Kaufmanns Heinrich Scholten zu Bocholt eingetragene ½ Anteil an den im Grundbuch von Bocholt — Band 114 Blatt Nr. 11 — eingetragenen, nachstehend beschriebenen Grundstücken

am 18. September 1928
vormittags 10½ Uhr

an der Gerichtsstelle, Zimmer Nr. 6, versteigert werden.

Gemarkung Bocholt, Flur 52, Nr. 252/3, Kolks-Weide, Weide, groß 0,64 Ar, 0,07 Tl. R.-E.
Gemarkung Bocholt, Flur 52, Nr. 253/3, Kolks-Weide, Weide, groß 5,27 Ar, 0,52 Tl. R.-E.,
Gemarkung Bocholt, Flur 52, Nr. 256/1, Kolks-Weide, Weide, groß 0,04 Ar, 0,01 Tl. R.-E.,
Gemarkung Bocholt, Flur 52, Nr. 258/1, Kolks-Weide, Weide, groß 90,25 Ar, 8,84 Tl. R.-E.,
Art. der Mutterrolle 3157.

Der Versteigerungsvermerk ist am 10. Januar 1928 in das Grundbuch eingetragen.

Als Eigentümer waren damals die Kaufleute Bernard Ebbert, Heinrich Scholten und Wilhelm Mayland zu Bocholt als Miteigentümer zu je einem unabgeteilten Drittel eingetragen.

Rechte, die zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Bocholt, den 22. Juni 1928.

Preuß. Amtsgericht.

Aus einem eingegangenen Geschäft haben wir eine gute
Fuhrwerkswage
1000 kg. Tragkraft, mit Handkurbelschnellentlastung, guter Brücke 5000 X 2400 mm. Fabrikat Düsseldorfer Maschinenbau A. G. Grafenberg, sofort zu verkaufen.
Gebr. Wietholt Bocholt.

Jetzt ist es Zeit!

Ebenso wie in der Abteilung Damen-Konfektion habe ich auch für alle Herren-Konfektion die Preise ganz bedeutend herabgesetzt. Ich biete an:

Herren-Anzüge aus strapazierfähigen Stoffen
nur Mk. **24.- 36.- 52.- 65.- 78.-**

Herren-Anzüge moderne zweireihige Formen
nur Mk **55.- 65.- 72.- 85.- 98.-**

Herren-Sportanzüge teilweise mit zwei Hosen
nur Mk. **18.- 28.- 42.- 58.- 72.-**

Gelegenheit! **Eleg. Covercoat-Mäntel**
nur Mk. **22.- 34.- 42.- 56.- 65.-**
reeller Wert das Doppelte!

Gummi- und Lodenmäntel
nur Mk. **10.- 15.50 24.- 32.- 36.-**

Herren-Hosen zu billigen Serien-Preisen:
nur Mk. **2.50 3.50 4.50 6.50 8.50**

Die Restbestände in
Knaben- u. Burschen-Anzügen
bringe ich zu unglaublich niedrigen Preisen, zwecks endgültiger Räumung, zum
Ausverkauf!

ÖWENSTEIN